

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

dezember 2011

Die Zukunft Europas

Die Lage ist kritisch in Europa. Die Schutzschirme haben bisher nur eine Explosion der Krise verhindert, aber keine Lösung geschaffen. Neiddebatten flammen auf. Dabei sitzen alle Europäer gemeinsam in der Patsche. Für mich ist die entscheidende Frage nicht, ob Griechen, Italiener oder Deutsche die dicke Zeche für die Krise zahlen – sondern ob letztlich die Reichen oder die Armen aller Länder den Großteil der Schulden begleichen werden. Schon heute müssen die meisten Menschen in den Krisenländern schmerzhaft sparen. Ein unkontrollierter Bankrott würde auch unseren eigenen Lebensstandard dramatisch in Frage stellen. Eine Rezession erhöht die Arbeitslosigkeit, macht die Sanierung unserer eigenen Staatsfinanzen sehr schwer und bringt auch die Finanzierung unserer Sozialsysteme ins Kippen.

Natürlich geht es bei der Lösung der Krise auch darum zu sparen, öffentliche Haushalte zu sanieren. Dabei dürfen nicht alle europäischen Länder gleichzeitig massiv sparen, weil sonst eine Rezession provoziert wird, die den Abbau der Schulden erst recht unmöglich macht. Der Green New Deal setzt wichtige Wachstumsimpulse. Es geht darum, die Finanzmärkte sehr viel besser zu regulieren. Unsere Politiker im Europaparlament haben hier wichtige Erfolge erzielt. Weitere Forderungen sind z.B. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalanforderungen insbesondere an große Banken. Und es geht um ein sehr viel klügeres Krisenmanagement.

Zentral finde ich in dieser Krise aber die Frage, ob das Auseinanderdriften von Arm und Reich gestoppt, ja wieder ein Stück weit zurückgenommen wird. Zum

einen ist die wachsende Kluft höchst ungerecht. Das Ausmaß der Vermögensansammlung in den Händen weniger ist nicht mehr mit der Leistung dieser Menschen zu begründen. Die finanziell Armen sind keine Truppe von Faulpelzen, sondern z.B. alleinerziehende Eltern, Künstler und andere Menschen, die sehr Wertvolles für unsere Gesellschaft leisten. Von den deregulierten Finanzmärkten profitierten vor allem die Vermögenden.



Zum anderen wird die Finanzkrise ohne einen deutlichen Beitrag der Reichen kaum zu lösen sein. Jedem finanziellen Vermögen stehen irgendwo anders Schulden gegenüber. Der deutsche Staatshaushalt ist zwar hoch verschuldet, gemeinsam mit den privaten Vermögen hat Deutschland aber viel mehr Geld als Schulden. Das bedeutet automatisch, dass in anderen Ländern mehr Schulden als Vermögen sein müssen. Und dass uns die Schuldenkrisen anderer Länder nicht egal sein können, haben die letzten Jahre dramatisch gezeigt. Eine immer stärkere Anhäufung

von Geld in den Händen relativ Weniger ist also ein Faktor der Instabilität im europäischen Wirtschaftssystem. Wer das Konzept der sozialen Marktwirtschaft stärken und stabilisieren will, muss einen wichtigen Satz in unserer Verfassung ernst nehmen: „Eigentum verpflichtet“.



Ingrid Nestle,
Sprecherin für
Energiewirtschaft
Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreisbüros Nestle
Angelburgerstraße 66, 24937 Flensburg
Telefon 0461 505 380 13
Telefax 0461 505 380 14
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
Telefax 0431 557 82 24
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71500
Telefax 030 227-76063
ingrid.nestle@bundestag.de

 www.ingrid-nestle.de



Datenschutz bei Facebook und Co und ein neuer InformantInnenschutz

Neben den „Bundestrojanern“ und den schlimmen, neuen Erkenntnissen zu rassistischen Morden in Deutschland, beschäftigt sich die Innen- und Netzpolitik momentan unter anderem auch mit dem „Datenschutz in sozialen Netzwerken“ und der Suche nach neuen Regelungen zum Schutz von HinweisgeberInnen („WhistleblowerInnen“).



Dr. Konstantin von Notz,
Innen- und Netz-
politischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Datenschutz bei Facebook und „Sozialen Netzwerken“

Die Facebook-Debatte um die sogenannten „Like-Buttons“ („Gefällt mir“) schlägt derzeit hohe Wellen und betrifft Schleswig-Holstein wegen der angekündigten Maßnahmen des Landes-

datenschutzbeauftragten gegen Webseitenbetreiber ganz unmittelbar. Auch mich beschäftigt das Thema soziale Netzwerke bereits seit Beginn der Legislaturperiode. Auch im Bundestag spielen ständig neue Skandale über den Umgang der Netzwerke mit persönlichen Daten eine große Rolle. Als im vergangenen Jahr Facebook zum wiederholten Mal seine Geschäftsbedingungen zum Nachteil der Kunden veränderte, habe ich gemeinsam mit Malte Spitz aus

dem Bundesvorstand sowie KollegInnen aus allen Fraktionen die Initiative „Privatsphäre jetzt“ innerhalb Facebooks gegründet. Über 80.000 Mitglieder des Netzwerkes streiten mit uns für eine Verbesserung des Datenschutzes im Netzwerk. Wir haben von Beginn an den Kontakt mit dem Unternehmen gesucht und mit den Verantwortlichen, u.a. im Rahmen des Unterausschusses Neue Medien, über angemessene Datenschutzbedingungen diskutiert. Im Rahmen unserer Veranstaltung „Lange Verbrauchernacht“ hatten wir erstmalig in Deutschland einen Vertreter des Unternehmens auf die Bühne locken können, um öffentlich Rede und Antwort zu stehen. In der aktuellen Debatte um die Like-Buttons haben drei Gutachten unabhängig voneinander erhebliche rechtliche Bedenken geäußert, was die Funktionsweise dieser Facebook-Datensammelknöpfe angeht.

Die Initiative des Schleswig - Holsteinischen Datenschutzbeauftragten ist deshalb, auch wenn sie manchen auf die Füße tritt, richtig und wichtig. Es geht darum, die kalifornischen Datensammler an ihre Verpflichtung zur Einhaltung der für BundesbürgerInnen verbürgten Datenschutzregeln zu erinnern. Um auch den Blick auf wichtige weitere, alle sozialen Netzwerke betreffenden Probleme nicht zu verlieren, werde ich in der nächsten Sitzungswoche einen umfassenden Antrag zum „Datenschutz in sozialen Netzwerken“ im Bundestag stellen.

Gesetzentwurf zum Schutz von WhistleblowerInnen

Wenn in Organisationen gegen Rechtsvorschriften verstoßen wird, geraten mitwissende Beschäftigte oft in schwerste Gewissensnöte. Ob Misshandlungen in Pflegeheimen, Korruption oder Umweltvergehen, wen das nicht kalt lässt und wer z.B. mit seinem Insiderwissen an die Öffentlichkeit geht, muss meist mit Repressalien und Kündigung rechnen. Es wird allerhöchste Zeit, dass unsere Gesellschaft die Zivilcourage solcher Hinweisgeber fördert und honoriert, anstatt -wie auch diese Bundesregierung- ihrer Diskriminierung tatenlos zuzuschauen, das hat nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil zur Gesetzeslage in Deutschland festgestellt. Ich habe deswegen mit meiner Kollegin Ingrid Hönlinger einen Gesetzentwurf erarbeitet. Er steht online abrufbar sowohl auf www.gruener-gesetzentwurf.de als auch unter www.community.beck.de zur Diskussion bereit. Über Euer Feedback freue ich mich!

Wahlkreisbüro von Notz
Markstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

www.von-notz.de



Es wird eng...

Die Riesen-LKWs kommen

Am 1. Januar geht es los: Über 25 Meter lange LKWs werden über schleswig-holsteinische Straßen rollen. Da die Sache sehr umstritten ist, hat das Bundesverkehrsministerium einen kleinen Trick genutzt: Die Riesenlaster sollen nur fünf Jahre lang als Feldversuch auf bestimmten Straßen fahren. Das klingt eher nach harmloser Umfrage als nach mehr LKW-Verkehr. Die Realität sieht weit unangenehmer aus. Jeder weiß, was mit Regeln passiert, die einmal da sind: Sie bleiben ewig, auch wenn schon lange nicht mehr klar ist, warum sie ir-

gendwann einmal eingeführt wurden. Selbst kleinste und schwer zu begründende Vorteile werden bis zum Letzten verteidigt.

Das Kalkül des Gigaliner-Befürworter geht genau in diese Richtung: Fährt der Riesenlaster erst mal auf ein paar Strecken in einigen Ländern, wird die Lobby massiv für die Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet und alle Straßen eintreten. Schließlich wird es um die Lademenge gehen, die jetzt noch auf 44 Tonnen – und damit das Gewicht kürzerer LKWs – beschränkt ist. Irgendwann

werden LKWs mit bis zu 60 Tonnen nicht nur auf der rechten Autobahnspur stehen, sondern sich auch durch Ortschaften quälen und in Kreisverkehren hängen bleiben.

Viele Menschen ärgern sich darüber, vor allem, weil LKWs die Straßen verstopfen und es ihnen unheimlich ist, sie auf engen Spuren überholen zu müssen. Ich kann das nachvollziehen.

Als Verkehrspolitiklerin habe ich aber besonders die falsche Wirkung im Blick: Mit Gigalinern wird der Transport auf der Straße gegenüber der Schiene noch billiger.

Das klimaschädlichste Transportmittel wird gefördert und erhöht damit den Konkurrenzdruck. Der heute noch geringe Vorteil des Langstreckentransports auf der Schiene gerät vor allem durch die übergroßen LKWs immer mehr in Bedrängnis. Hinzu kommen die Folgen für den Erhalt der Straßen: Das Geld reicht schon heute nicht. Größere – und später auch schwerere LKWs – lassen Brücken und Straßen jedoch noch viel schneller verschleifen. Diese Kosten hat die Allgemeinheit zu tragen. Das hat nichts mit nachhaltiger Verkehrspolitik zu tun.



Dr. Valerie Wilms
Sprecherin für Bahnpolitik,
Nachhaltigkeitsbeauftragte
und Berichterstatlerin für
Maritime Politik
Bündnis 90/Die Grünen

Das Grüne Sofa

Seit Oktober lade ich zu einer neuen Veranstaltungsreihe ein. Im zweimonatigen Rhythmus wird ein Grünes Sofa aufgestellt und ich begrüße wechselnde Gäste, die mit mir darauf Platz nehmen. Es soll nicht unbedingt das „klassisch Grüne“ im Mittelpunkt stehen. Ich will mir Zeit nehmen, um Dinge zu diskutieren, die sonst im alltäglichen Politbetrieb oft zu kurz kommen. Im Oktober habe ich über Grüne und Glauben diskutiert und am 6. Dezember dem Pinneberger Landrat die Frage gestellt, ob wir eigentlich noch Landkreise brauchen. Mit meinen Gästen und Zuhörern will ich ins Gespräch kommen und auch etwas dazu lernen. Ich freue mich auf Widersprüche

und neue Gedanken. Die nächsten Termine sind der 4. Februar der 17. April 2012. Ich hoffe, wir sehen uns!



Informationen zur Veranstaltung:

„Grünes Sofa“ finden Sie unter :

www.valerie-wilms.de/wahlkreis/das-gruene-sofa oder Sie fotografieren einfach nebenstehenden QR-Code mit einem entsprechenden Reader.

Wahlkreisbüro Wilms

Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de